

## Voraussetzungen zur Ermöglichung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE)

Michael Musil – Betriebswirt

In der Diskussion um die Einführung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) steht zum einen die soziale Komponente zum anderen die Finanzierung im Vordergrund. Weitgehend unberücksichtigt bleibt die Notwendigkeit der Ursachenforschung. Welcher Umstand hat uns soweit gebracht, dass wir nicht weiterhin wie zu Beginn des 20. Jh. in unserem Sozialstaat leben können? Dieser Beitrag soll den Horizont weiten und helfen, über den Tellerrand des politischen Alltags hinauszuschauen.

Inhalt:

Einleitung  
Die Definition von Geld  
Spekulation und Energie  
Geld ist maßlos  
Steuern – ein Anachronismus  
Sozialsysteme auf dem Prüfstand  
Entwicklung gleich Wachstum?  
Nachhaltigkeit einer Wirtschaftsordnung  
Rückfall ins 18. Jh.  
Lösungsansatz - Freigeld

## Einleitung

Das BGE wird allgemein als ein Ersatz für die heute schon anfallenden Sozialleistungen gesehen. Entstanden aus den bismarckschen Ansätzen in einer Zeit der aufgehenden Industrialisierung, die heute zunehmend an ihre Grenzen gelangt, wird die Finanzierbarkeit zum Dreh- und Angelpunkt.

In den verschiedenen Modellen wird die Finanzierung eines BGE über Steuermittel propagiert. Von Götz Werner als medienbeliebtem Supermarktbetreiber, der einen Umsatzsteuersatz von bis zu 50% vorschlägt bis hin zu variablen Modellen aus den Reihen der GRÜNEN<sup>1</sup> mit Anspruchsprüfung, Altersstaffelungen und allem bürokratischen Aufwand, den wir heute schon kaum beherrschen.

Mein Ansatz an dieser Stelle gilt unserem Geldsystem, dem ich die Ursache für die ganze Misere anhängen. Silvio Gesell, dem meistgeschmähten Wirtschafts- und Geldreformer zu folgen und ein Freigeld einzuführen, wäre meiner Ansicht nach eine Diskussion wert. Um diese Diskussion kämpfe ich seit einigen Jahren, doch konnten meine Bemühungen in der Vergangenheit geschickt abgeblockt werden. Im Zusammenhang mit dem BGE sehe ich noch einmal eine Chance, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

---

<sup>1</sup> **Modulares Grundeinkommen – Chance für den deutschen Sozialstaat und für Bündnis 90/Die Grünen**

Ein Diskussionspapier von  
Gerhard Schick MdB, Sprecher BAG Wirtschaft und Finanzen  
Christoph Erdmenger, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt  
Jens Kerstan MdHB, stv. Landesvorsitzender Hamburg  
Anke Erdmann, Landesvorstand Schleswig-Holstein  
Beate Müller-Gemmeke, Landesvorstand Baden-Württemberg  
Nils Wiechmann, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz  
Inés Brock, Länderratsdelegierte Sachsen-Anhalt  
Jan Fries, Landesvorstand Bremen  
Ramona Pop MdA, stv. Fraktionsvorsitzende Berlin

## Die Definition von Geld

Wenn man heute den Begriff „Geld“ vor 20 Leuten ausspricht, denkt jeder an etwas anderes. Die nahe liegende Denkart dürfte sich um den Inhalt der mitgeführten Geldbörse drehen.

*Nach der Finanztheorie ist Geld ein legalisiertes Tauschmittel, welches auch zur Wertaufbewahrung dienen soll. Die Ausgabe von Geld war deshalb früher staatliches Privileg (Münzhoheit). Die als Geld umlaufenden Gold-, Silber- und Kupfermünzen hatten staatliche Prägung. Der Staat garantierte also die Reinheit des Metalls und das Gewicht der Münzen, so dass man nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland jederzeit wusste, wie viel jedes Geldstück wert war. So waren die Metallmünzen zugleich Tauschmittel und Dauerwert.<sup>2</sup>*

Richtig ist jedoch, dass Geld heute in der weit überwiegenden Menge nur noch virtuell als Zahl existiert. Der Grad der Verschuldung gibt Auskunft darüber, welche gigantischen Guthaben auf der anderen Seite existieren müssen. Ein anschauliches Bild liefert der PANORAMA-Beitrag aus dem Jahr 2002, den man sich im Internet anschauen kann.<sup>3</sup> Die Frage, wem Deutschland gehört, wird dort nicht vollständig beantwortet, da die Inhaber der gigantischen Vermögen aus dem Dunkel heraus agieren und sich der Banken und Institutionen der Bundesvermögensverwaltung als Helfer bedienen.

Inflationen lassen sich heute nicht mehr mit der Notenpresse bewerkstelligen. Sollte Inflation von der Geldmenge abhängig sein, so müssten wir derzeit einer Hyperinflation unterliegen, wie es die Geschichte noch nicht erlebt hat. Die international agierenden Geldmengen sind auf einem Niveau angelangt, das es bislang noch nie gab.

Die jüngsten Stützungen der in Schieflage geratenen Banken (IKB u.a.) zeigen recht deutlich, dass das Großkapital – sei es in Privathand oder treuhänderisch bei den Banken - im Notfall die gebunkerten gigantischen Vermögen auch wieder zu liquidieren bereit ist. Die Frage, wo denn das vorher fehlende Geld so plötzlich wieder herkommt, wurde in den Medien kollektiv ausgeblendet.

Fest steht, dass die Wirtschaftswissenschaft auf der Grundlage von Definitionen operiert, die sich inzwischen überlebt haben. Das dokumentieren sehr anschaulich die Darstellungen im WIKI, die sich auf Erkenntnisse von Keynes u.a. berufen, die zu einem Zeitpunkt gewonnen wurden, als es noch gar kein virtuelles Geld gab.

---

<sup>2</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Geld>

<sup>3</sup> <http://www.ivb1.de/im/med/Panorama%20Staatsverschuldung.htm>

## Spekulation und Energie

Der Zusammenhang scheint im ersten Moment profan, ist in seiner Wirkung aber nicht zu leugnen. Die Energiemonopolisten sind gleichzeitig auch im Besitz von unrealistisch großen Geldmengen (elektronisch aufgezeichneten Guthaben), die sich nach dem Prinzip der „kleinen Menge“ bei der „großen Menge“ bei den Bürgern abzapfen lassen. Ob das Strom, Benzin, Kohle oder Gas ist spielt keine Rolle.

Neuerdings wird auch versucht auf dem Lebensmittelsektor mit gleicher Taktik Kasse zu machen.

Jedes Argument ist gut genug eine Preisanhebung durchzuführen. Die in den Medien angeführten Gründe können in aller Regel als vorgeschoben betrachtet werden.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die alte Mär von der Geldmengen bedingten Inflation ein Relikt aus einer Zeit ist, als Geld noch „greifbar“ war und über die Notenpresse in Umlauf gebracht wurde. Das ist z.B. derzeit in Simbabwe der Fall, wo ganz aktuell 200.000-er Scheine gedruckt werden. Diktatoren in Ländern ohne elektronischer Systeme können sich solch primitiver Spielchen noch bedienen. Hier und heute wird Geld anders gemacht. Unser Geld basiert auf Krediten.

Symptomatisch dürfte auch der Zustand an den Tankstellen jeweils vor Ferienbeginn sein. Die Spekulation an den Börsen ist da wohl eher als der wirklichen Grund zu sehen. Schon die Andeutung einer Krise in Erdöl fördernden Ländern reicht den Spekulanten aus eine Preiserhöhung einzuleiten.

Die natürliche Raffsucht der Menschen ist die Ursache um diesen Mechanismus am Leben zu erhalten. Wir sind genetisch eben noch zu sehr mit der Mentalität der Sammler und Jäger verhaftet, als dass wir mit den Möglichkeiten eines falschen Wirtschaftssystems verantwortungsvoll umgehen könnten. Von daher betrachtet ist es klar, dass ein hierarchisches Wirtschaftssystem wie das herrschende, im Wesentlichen vom Geld abhängig ist. Mit der Geldausstattung lässt sich trefflich auch die Manipulation der Verbraucher bewerkstelligen. Alle gewollten oder ungewollten Unruhen in „Energie liefernden“ Ländern dienen in erster Linie dazu, dem kontinuierlich wachsenden Bedarf an Rendite die Möglichkeit zu bieten, sich auf dem Verbrauchermarkt zu bedienen. Somit wird der Großteil der wirtschaftlichen Gewinne derzeit nicht mehr durch den Einsatz von menschlicher Tätigkeit geschaffen sondern ist rein spekulativ generiert. Daraus einen wirtschaftlichen Aufschwung abzuleiten, wie es derzeit in Politik und Wirtschaftsinstituten üblich ist, hat den Touch des Betrugers. Dass sich die Medien vor diesen Karren spannen lassen liegt in der Natur der Sache, da die „mainstream“-Medien mittlerweile weitgehend Instrumente des Großkapitals geworden sind und das System stützen.

*Ein fundamentales Ungleichgewicht zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie war in einer Reihe vorangegangener Aufsätze als tiefere Ursache der heutigen Krisenerscheinungen (Arbeitslosigkeit, Krise der Sozialsysteme, Staatsverschuldung etc.) diskutiert worden. Doch fehlt derzeit fast jedes öffentliche Bewusstsein für diese Problematik und vor allem für ihr Ausmaß. Allenfalls ist gelegentlich (und nur eher vage) davon die Rede, dass Arbeit „zu teuer“ und Energie „zu billig“ sei; dies wird jedoch in aller Regel nicht näher quantifiziert.<sup>4</sup>*

---

<sup>4</sup> <http://www.sfv.de/lokal/mails/wvf/prodelas.htm>

## Geld ist maßlos

In meinen Überlegungen bin ich immer wieder darüber gestolpert, dass "Geld" letztlich eine absolut willkürliche Angelegenheit unter Menschen darstellt, wobei der Stärkere oder der Raffiniertere die Spielregeln bestimmt. Dass er das nicht zu seinem Nachteil macht dürfte nahe liegen.

*Würden die Marktteilnehmer wissen, daß unser Geldsystem letztlich am Privatgeld Dollar und dieses Geld ohne jeden Wertbezug allein an den Manipulations- und Mißbrauchswünschen der großen Finanzoligarchie hängt, dann würden die Menschen ihr Währungsvertrauen verlieren, ihr Geld nicht mehr als Wertaufbewahrungsmittel betrachten, sondern der laufenden Geldentwertung durch Flucht in die Sachwerte zu entgehen versuchen.*<sup>5</sup>

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass es für alles eine definierte Größe gibt, nur nicht für Geld! Ja, nominal ist ein Euro ein Euro. Aber haben Sie schon einmal einen Meterstab gesehen, der jedes Jahr ein wenig kürzer wird, oder ein Kilo in der permanenten Verschlankung? Diese Funktion gibt es nur beim Geld. Und kein Mensch regt sich drüber auf. Weil wir es nicht gelernt haben! Weil wir alle geldpolitische Analphabeten geblieben sind, gezielt dumm gehalten wurden von den Stärkeren und Raffinierteren.

Also musste ein Maßstab her. Ein Maßstab, der so unveränderlich festgeschrieben bleibt wie der Mensch selbst als Erfinder des Geldes. Keine Kuh braucht Geld, und dennoch lebt sie.

Unabhängig von meinen Überlegungen entwickelte auch Andreas Clauss Gedankengänge in diese Richtung und macht Vorschläge eine Bewertung in kW vorzunehmen.<sup>6</sup>

Ausgehend von der Tatsache, dass alles Leben auf der Erde primär von der Sonne abhängig ist, scheint mir der Gedanke sehr sinnvoll zu sein. In dem Modellprojekt eines BGE auf regionaler Basis (siehe <http://www.tauschring-ww.de>) wurde als Maßstab die Regel: „1 Stunde mittelschwere körperliche Arbeit = 36 [Wert-Einheiten] und daraus abgeleitet vom Grund- und Arbeitsumsatzes eines gemittelten Menschen in kJ: 1 Stunde = 36 [Wert-Einheiten] = 500 kJ. Das ist der Wert von 0,07 WE pro kJ

Bezogen auf die menschliche Arbeitsleistung lässt sich so ein realer Gegenwert aller energieträchtigen Gegenstände ermitteln. Demnach müsste 1 Liter Heizöl = 42.000 kJ x 0,07 = 3067,- WE oder 85,2 Stunden mittelschwere Arbeit entsprechen.

Daran lässt sich leicht erkennen, dass die „billige“ Energie – die heute weitgehend menschliche und tierischer Arbeitskraft substituiert – in keiner Relation zum heutigen Preis steht.

*Nach ökonometrischen Untersuchungen einer interdisziplinären Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern der Universitäten Karlsruhe, Köln und Würzburg lag die Produktionsmächtigkeit (Produktionselastizität) der Energie, welche als Maß für die Leistungsfähigkeit der Energie (genauer: für ihren Einfluss auf Veränderungen der Gesamtwertschöpfung) dienen kann, in Deutschland im Mittel der Jahre 1960 bis 1999 bei 41%, die der menschlichen Arbeit hingegen bei lediglich 12%.<sup>7</sup>*

<sup>5</sup> Der Welt-Geldbetrug von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Hannover – <http://www.widerhall.de/25wh-gel.htm>

<sup>6</sup> Andreas Clauss – Autarkes Leben – Physische Ökonomie

<sup>7</sup> siehe <http://www.energiesteuer.net>

## Steuern – ein Anachronismus

Um es einmal simpel auszudrücken: Steuern sind nichts anderes als gelebtes Faustrecht in verklausulierter Form.

In Zeiten der Urwirtschaft lebten die Menschen vom Ertrag ihres Bodens in Zusammenhalt mit ihren Tieren, die Energie auf unbewirtschafteten Böden über den Assimilanten Pflanze in sich speicherten und selbst weiterverarbeitet wurden. Primär ein Vorgang, der die „Menschen“ am Leben hielt.

Erst die Arbeitsteilung machte es zunehmend notwendig, einen Vermittler im Tauschgeschehen zu etablieren. Die zunächst einfachen Gegenstände, die beim „Sammler und Jäger“ Begehrlichkeiten weckten, wie z.B. glatte Steine, Perlen, Goldklumpen, ermöglichten einen Tausch Ware gegen Wertvermittler. Mit zunehmender Bedeutung der Edelmetalle in diesem „Geschäft“, kamen auch die kriminellen Handlungen ins Spiel. Diese kriminellen Handlungen waren durchgängig, d.h. der Straßenräuber überfiel den Reisenden und der König (selbst ernannt und stark, weil primitive Menschen sich Alphetieren unterordnen) seinen Nachbarn, um ihm das Gold wegzunehmen. Da aber Raubzüge immer sehr aufwendig und personalintensiv waren, kam ein findiger König darauf es mit dem „Zehnten“ zu versuchen. Zunächst mit Sachgütern, später mit Gold. Hatte er sein erbeutetes Gold an seine Zulieferer ausgegeben, so holte er es sich einfach per Steuererhebung wieder zurück. Muskelmänner, die dieses Begehren durchsetzten hatte er beizeiten gegen Belohnung (Anteil) angeheuert/ abhängig gemacht. Noch cleverer waren jene Könige, die das rare Gold in Münzen prägen ließen. Wobei sich die Größe der Münze der Willkür des Herrschers anpasste. Die ganzen Auswüchse, die sich bis in die Zeit der „Wipper und Kipper“ hinzogen kann jeder selbst in der einschlägigen Literatur nachverfolgen.

Unzufriedenheiten bei den Gebeutelten wurden mit so genannten „Sozialleistungen“ abgewiegt oder mit Gewalt abgewürgt.

Fakt ist jedoch, dass nach dem gleichen Prinzip heute weiter verfahren wird. Diejenigen die Leistung erbringen werden um den „Zehnten“ gebeten, wobei 10% heute schon paradiesisch anmuten. Die ganzen Auswüchse in der Steuergesetzgebung deuten deutlich darauf hin, welche primitiven Wurzeln das System hat. Salzsteuer, Branntweinsteuer, Vergnügungssteuer etc. sind deutliche Belege was wir von Steuern zu halten haben. Die unverschämteste Steuer, die „Lohnsteuer“ ist der absolute Spitzenreiter im Steueraufkommen. Man muss sich das mal klar machen, da werden die Menschen die einen Staat aufrecht halten mit einer Steuer auf ihre Leistung belegt. Sie werden dafür bestraft, dass sie etwas leisten. Die „Könige“ von heute benötigen keine Kraftprotze mehr, die ihnen die Steuern eintreiben. Das System hat sich verselbständigt und ist den Menschen so verinnerlicht, dass es dazu keiner Gewalt mehr bedarf. Steuern werden auf so raffinierte Art und Weise eingetrieben, dass es kaum einem Menschen auffällt, dass es sich immer noch um die gleiche Willkür wie zu Zeiten der „starken Potentaten“ handelt. Die Regelwerke, die zur Verschleierung darum herum gestrickt wurden und die den Königen die Möglichkeit eröffnen sich von der Steuerpflicht selbst zu befreien, sind so kompliziert geworden, dass sich sogar eigene Berufe entwickelt haben, das System zu durchschauen.

Fakt ist auch, dass durch Gewaltausübung Reichtümer angehäuft wurden. Diese Reichtümer sind die Basis für unser heutiges Geldwesen. Ausschließlich die Besitzer der Reichtümer waren in der Lage Macht auszuüben und die Herrschaft über das „Geld“ zu erlangen. Dass dann Selbstverwaltungsorgane wie ein Staat sich die „Mittel“ zur Arbeitsaufnahme bei den Inhabern der „Reichtümer“ ausleihen mussten ist wohl selbverständlich. Da diese Ausleihe aber nicht ohne Gegenleistung ist, sprich Zinsen dafür zu zahlen sind, haben die Inhaber der Reichtümer bis heute leichtes Spiel. Der Staat leiht sich bei ihnen das Geld, erhebt den „Zehnten“ bei seinen Bürgern und gibt ihn größtenteils an die Geldgeber weiter. So können die „Könige“ von heute völlig

unauffällig das fortsetzen, was ihre Vorfahren mit blanker Gewalt begonnen haben. Mit dem Unterschied, dass die Größenordnungen bei weitem das übersteigen, was die Könige von einst für ihren Hofstaat brauchten. Heute wird das Geld um des Geldes willen verliehen. Es ist unter den Königen ein Wettbewerb ausgebrochen, wer von ihnen am schnellsten die größten Zahlen in seinen Computern hat. Geschickt eingebunden die willfährigen Jüngelchen, die sich an den Börsen für ihre Könige die Häse wund schreien ohne zu wissen was sie da tun.

In einem Panorama-Bericht aus 2002<sup>8</sup>, der den Titel „Wem gehört Deutschland“ trägt, wird deutlich, dass die Könige von heute fast unbegrenzte Mittel zur Verfügung haben, zu tun und zu lassen was sie wollen.

Gerhard Schlieff / Bundesvermögensverwaltung im Interview: „ Wir hatten heute morgen die Aufgabe für die Bundesregierung 5 Mrd. Euro als 6-monatige Schatzanweisung anzubieten. Die Banken haben uns daraufhin für 17,3 Mrd Angebote gemacht!“

**"Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten."**

Wladimir I. Lenin -

*Zusätzlich möchte ich erwähnen, dass die höchste Form der Kriegsführung nicht die totale physische Kontrolle und Machtübernahme des jeweiligen Gegners ist. Da der Gegner in dieser Situation weiß was mit ihm gemacht wird, wird er nur widerwillig sich in die Richtung begeben in die man ihn haben will, und man muss fürchten dass dieser eines Tages Revolte machen wird. Viel effektiver ist es erst den Gegner so zu blenden, und (geistig) zu isolieren, dass dieser nicht mal im Traum daran denken würde dass er sich in einem Krieg befindet. Man baut eine simulierte Scheinwelt auf, in welcher man den Gegner (für ihn unsichtbar) dirigiert, und zwar so wie man ihn haben will. Nun lässt sich mit dem Gegner (im Laufe der Zeit) anstellen was man will, und es wird keinen Widerstand vom Gegner geben, da dieser ja nicht mal weiß in was für einer Lage er steckt, und was mit ihm gemacht wird.*

*Außerdem kann man durch Trennung (Mann/Frau Trennungsgedanken, Gruppen- und Ländergedanken, Kriege...) des Gegners verhindern dass dieser sich vereint, und damit stark wird.<sup>9</sup>*

Noch Fragen?

---

<sup>8</sup> <http://www.ivb1.de/im/med/Panorama%20Staatsverschuldung.htm>

<sup>9</sup> Quelle verschlampt, vermutlich aber Karl Marx

## Sozialsysteme auf dem Prüfstand

Das **Sozialsystem** einer **Volkswirtschaft** fasst die über **Steuern** und **Sozialabgaben** finanzierten Absicherungen für die Bevölkerung zusammen. Zum Sozialsystem zählen als Teilsystem u. a. das **Gesundheitssystem**, die **Arbeitslosenversicherung** und die **Rente**. Die meisten Teile der heutigen Sozialsysteme Europas wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt. Während **Ludwig Erhard** noch vermutete, das Sozialsystem würde mit steigendem Wohlstand mehr und mehr überflüssig werden, zeigte sich mit dem **Wirtschaftswunder**, dass mit sinkender Not der Bedarf nach einem umfassenden Sozialsystem sogar anwuchs..<sup>10</sup>

Diese Entwicklung ging erkennbar mit einer Verschuldung des Staates einher.

Die **Staatsverschuldung** bezeichnet die vom Staat akzeptierten Gesamtforderungen der kreditgebenden **Gläubiger** an den Staat, beispielsweise in **Deutschland** die zusammengefassten Schulden von Bund, Länder, Kommunen, gesetzlicher Sozialversicherung und Sondervermögen. Die Staatsverschuldung wird dabei in der Regel netto betrachtet, das heißt, die **Verbindlichkeiten** gegenüber Privaten werden um die **Forderungen** des Staates gegenüber Privaten vermindert.

Die Gesamtforderungen der kreditgebenden Gläubiger beläuft sich derzeit auf über 1,5 Billionen Euro. Alleine die Zinszahlungen fressen einen Großteil des Haushaltes auf, der aus diesem Grund für Sozialleistungen nicht weiter zur Verfügung steht. Trotz aller Beteuerungen, die Staatsverschuldung zurückzuführen ist das Gegenteil der Fall. Eine Rückführung der Staatsverschuldung ist praktisch nicht mehr möglich.

*Deshalb lautet die Herausforderung, Wege zu einem neuen Fortschritt, ein modernes Konzept von Fortschritt zu erarbeiten, das Orientierung bietet für den Übergang von einer industriellen in eine postindustrielle, von einer Arbeits- in eine Wissensgesellschaft.*<sup>11</sup>

Da wir von Wissen nicht alleine leben können, wird es auch zukünftig Arbeit im Bereich der Nahrungsmittelversorgung geben. Ob das weiterhin auf Basis von importierten Produkten im heutigen Umfang der Fall sein wird ist fraglich. Eher wird eine Rückkehr zur dezentralen Landwirtschaft und Selbstversorgung stattfinden.

Sich in Sonntagsreden über neue Konzepte zu ergehen und neue Konzepte konkret in die Diskussion zu bringen sind zwei paar Schuhe. Die dem Großkapital nicht genehmen Lösungsansätze werden im Keim erstickt, was mit den hörigen Medien heutzutage kein Problem darstellt.

---

<sup>10</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialsystem>

<sup>11</sup> Wolfgang Thierse Präsident des deutschen Bundestages Traditionswahrung und Modernisierung - Sozialdemokratie in der Entscheidung 140 Jahre Gründung von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein 1863 in Leipzig - zur Frühgeschichte der deutschen Sozialdemokratie : Dokumentation einer Veranstaltung am 19. Mai 2003 in der Alten Handelsbörse in Leipzig / Dieter Dowe (Hrsg.). Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum - [Electronic ed.] - Bonn, 2003 - 64 S. : Ill. = 135 KB, Text . - (Gesprächskreis Geschichte ; 50) - ISBN 3-89892-194-8 Electronic ed.: Bonn : FES Library, 2003 <http://library.fes.de/fulltext/historiker/01705-03.htm>

## Entwicklung gleich Wachstum?

Seit ich bewusst Zeitung lese ist mir immer wieder ein Umstand unangenehm aufgestoßen. Jedes Jahr war von Wirtschaftswachstum die Rede als Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung. Als Nachkriegsgeborener habe ich noch eine schwache Erinnerung an die Zeit zu Beginn der 1950er-Jahre. Die Städte lagen z.T. noch in Schutt und Autofahren war eine Besonderheit, die sich nur Wenige erlauben konnten. Mein Großvater lud uns sonntags zu Exkursionen in seinem Mercedes ein, den er sich als Unternehmer der Steinzeugbranche schon erlauben konnte. „Nach wie vor – Steinzeug-Rohr“ war das Motto auf seinen Werbeaschenbechern, die natürlich auch aus Steinzeug waren. Sein Geschäft ging gut, Deutschland war im Wiederaufbau begriffen und die Nachfrage nach Steinzeugrohren boomte. Einige Jahre später hatte ich Gelegenheit in seiner Fabrik einmal zu jobben. Die Produktion von Steinzeugrohren war bereits deutlich gedrosselt. Aber immerhin waren an der Presse alleine noch drei Mann voll beschäftigt und für innerbetrieblichen Transport und das Ein- und Ausräumen in den Kammerofen waren auch noch etliche Mann notwendig. Das Hauptaugenmerk der Firma verlagerte sich auf die Fliesen- Plattenherstellung. Immer noch eine Menge Handarbeit, aber die Entwicklung ging deutlich hin zur Automatisierung. Die starke Nachfrage erforderte eine Mengenausweitung. Die Firma wuchs, der Wettbewerb wurde größer. Rationalisierung durch Automatisierung war die logische Folge, da Maschinen wesentlich kostengünstiger zu betreiben waren als die „manpower“ wie es heute denglisch heisst. Kurzum, die ausgeweitete Produktion benötigte nur noch 30% des früheren Personals bei gleichzeitiger Sättigung der Märkte und somit weiterem Kostendruck. Das System verlangt aber heute von einem Unternehmen, dass es jedes Jahr etwas mehr erwirtschaftet als im Vorjahr, da sonst die „Entwicklung“ gefährdet ist. Betriebs- und volkswirtschaftlich betrachtet ist somit die Entwicklung streng an das Wachstum gekoppelt. Da es bekanntlich in der Natur kein ungebremstes permanentes Wachstum gibt, stellt sich unser heutiges Wirtschaftssystem extrem widernatürlich dar.

Erzwungen wird der ganze Umstand durch unser Schuldgeldsystem. Schon die erste „Deutsche Mark“ 1949 war geliehenes Geld, das die junge BRD sich bei der „Bank Deutscher Länder“ gegen Zins auslieh. Dass sich diese Ausleihe bis heute auf über 1,5 Billionen EURO (Bund und Länder) ausgeweitet hat ist ein Indiz dafür, dass alles Geld nur auf Kredit beruht.

Wie die Finanzminister seit den 70er Jahren freimütig bekennen, wird ein neuer Kredit aufgenommen wenn ein alter zurückzahlen ist und der ist in aller Regel etwas höher als der vorangegangene, da ja die Zinsen mit bedient werden müssen. Diesem widernatürlichen Wachstum sind Grenzen gesetzt, die sich zunehmend in einer fortschreitenden Verarmung der Gesellschaft manifestieren, da sich diese dem System ebenso wenig entziehen kann wie die Politik. Nutznießer dieses Systems sind mittlerweile in der BRD gerade mal knappe 5% der Bevölkerung.

Zitat Rhein-Zeitung vom 28.6.2007 – Titelseite –

*„Dank der anziehenden Konjunktur ist 2006 auch die Zahl der Millionäre in Deutschland gestiegen. Nach einer weltweiten Studie der Unternehmensberatung Merill Lynch und der Management- und IT-Beratung Capgemini gab es bundesweit 798000 Anleger mit einem Privatvermögen von mehr als einer Million Dollar. Das ist ein Plus von 4,1%. Insgesamt vermehrten die reichsten Personen der Welt ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 11,4% auf 37,2 Billionen US-Dollar.“*

Man sollte die Wortwahl beachten: „Anleger!“ Stellt sich die Frage WO angelegt wurde!

Direkt neben diesem Artikel die erfreuliche Meldung für 20 Millionen Rentner in Deutschland, dass die Renten nach drei Nullrunden zum 1. Juli um 0,54% angehoben werden. Satire pur! Man nehme mal den Taschenrechner und simuliere mal eine Rendite von mageren 2% auf das Vermögen von 37,2 Billionen! Wem wird diese Rendite letztlich abverlangt?

## Nachhaltigkeit einer Wirtschaftsordnung

Der viel strapazierte Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus dem Bereich der Forstwirtschaft<sup>12</sup> und wurde in den 70er Jahren im Zusammenhang mit dem Waldsterben und Extremstürmen wieder aufgegriffen.

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem - richtiger ist natürlich Geldsystem - basiert auf erzwungenem Wachstum durch den Zinseffekt. Die jährlichen Wachstumsprognosen der so genannten „Fachleute“ an den mehr oder weniger „sinn-vollen“ Instituten künden von einem kritiklos hingegenommenen Wachstumsglauben, der den Studenten an den Hochschulen auf der Basis von J.M.Keynes u.a. unverändert vermittelt wird.

Von Nachhaltigkeit ist in unserem derzeitigen, global ausgeweitetem Wirtschaftshandel keine Spur festzustellen. Als Bub las ich einmal in einer damaligen Jugendzeitschrift einen Dschungel-Abenteuerbericht mit dem Titel: „Grüne Hölle – Sumatra“. Wenn Sie sich heute in Google Earth die Fragmente dieser „grünen Hölle“ anschauen können Sie erkennen wohin uns die Globalisierung geführt hat. Mittels Energieeinsatz wird dort der Raubbau betrieben, den wir in den Industrieländern auslösen.

Eine „nachhaltige“ also auf dauerhaften Ertrag gerichtete Wirtschaftsordnung sieht so nicht aus.

Der „Club of Rom“ formulierte 1972: „Das Simulationsergebnis der meisten Szenarien ergab ein weitergehendes, zunächst unauffälliges [Bevölkerungs-](#) und [Wirtschaftswachstum](#) bis zu einer ziemlich jähen Umkehr der Tendenz um das Jahr 2030. Nur sofortige durchgreifende Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Geburtenkontrolle änderten dieses Systemverhalten, so dass auch Szenarien errechnet werden konnten, unter denen sich die [Weltbevölkerung](#) (bei ca. vier Milliarden) wie auch der [Wohlstand](#) langfristig konstant halten ließen.“

Die heutigen Tendenzen einer globalisierten „Wachstumshysterie“ lassen böse Vorahnungen aufkommen. Der zunehmende Ressourcenverbrauch in den wirtschaftlich aufsteigenden Ländern macht ein schnelles Schwinden der Restbestände sehr wahrscheinlich. Von daher sind die Prognosen des Club of Rom vermutlich sehr zutreffend. Die Weltgemeinschaft benötigte knappe 100 Jahre, um die Hälfte der Weltrohölreserven – wenngleich sehr einseitig - zu verbrauchen. Für die restliche Hälfte wird vermutlich nur noch die Hälfte der Zeit nötig sein.

Sollte durch unfriedliche Vorgänge die heutige Infrastruktur erheblich zu Schaden kommen, wird uns ganz einfach die Primärenergie fehlen, einen vergleichbaren qualitativ hochwertigen Lebensstandard wieder herzustellen. Die Folge ist im nächsten Abschnitt dargestellt.

---

<sup>12</sup> Der Gedanke der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und wurde zum ersten Mal 1661 von einem Verwalter der Stadt Reichenhall unter dem Begriff „Ewiger Wald“ formuliert. Zur Salzgewinnung wurde dort Sole verdampft, wozu viel Brennholz benötigt wurde. In den Wäldern um die Saline sollten nur so viel Bäume geschlagen werden, wie im gleichen Gebiet jedes Jahr nachwachsen. Die Salinenverwaltung erstellte sogar entsprechende Holzeinschlagspläne, doch hielt sich damals niemand daran. In der bundesdeutschen politischen Debatte hatten [Bündnis 90/Die Grünen](#) den Begriff der Nachhaltigkeit bei der [Bundestagswahl 1998](#) noch dominant besetzt, allerdings fand er auch schon Erwähnung bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Zur [Bundestagswahl 2002](#) benutzten dann mit Ausnahme der Grünen die anderen Parteien das Wort Nachhaltigkeit deutlich häufiger als noch vier Jahre zuvor.

## Rückfall ins 18. Jh.

Vorausgesetzt, das Szenario der reversiblen Ölvorräte<sup>13</sup> bleibt Fiktion, dann stehen wir vor der Herausforderung unsere Energieversorgung dem Umstand anzupassen, dass es in einem Zeithorizont, der den meisten der heute lebenden Menschen noch erlebbar sein wird, kein Rohöl mehr geben wird. Vorsehend wird dieser Umstand natürlich mit nicht mehr finanzierbaren Preiserhöhungen einhergehen. Da heute unser gesamtes Leben in der ersten Welt weitgehend von Energie abhängig ist, wird der Wegfall dieser „billigen“ Energiequelle zu dramatischen Umbrüchen führen. Dramatisch deswegen, weil unsere Lebensgrundlagen existenziell gefährdet werden. Die ungeheure Abhängigkeit von Lebensmittelimporten wird sich zuerst als nachteilig erweisen. Importe werden sich derartig verteuern, dass sich ein Absatz der Ware nicht mehr realisieren lässt. Die Inlandproduktion von Lebensmitteln ist durch die großindustrielle Landwirtschaft, die selbst am Tropf der Energie hängt nicht gewährleistet. Notsituationen werden unausweichlich.

Das Transportwesen wird vollständig zusammenbrechen und eine völlig unvorbereitete Bevölkerung treffen. Die auf Erdöl basierenden Rohstoffmärkte werden nach einer hemmungslosen Verteuerungsphase in sich zusammenbrechen.

Die soziale Erosion wird in einer ungeheuren Geschwindigkeit voranschreiten und bürgerkriegsähnliche Zustände werden um sich greifen.

*Im September (2002) ging Frau Künast (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft) mit der Empfehlung einer "Notbevorratung von mind. 14 Tagen für jeden Haushalt" an die Öffentlichkeit. Es sei nicht auszuschließen - warnte das Ministerium - dass es Krisensituationen geben könne, die zu einer Verknappung von Lebensmittel führen würden - z.B. bei Naturkatastrophen, Reaktorunfall, terroristische Aktivitäten. Gleichzeitig wurden im August 2004 auch die Notstandsgesetze" aus dem Jahre 1968 neu überarbeitet und erweitert und vom Bundestag beschlossen. (sog. "Wirtschaftssicherstellungsverordnung")<sup>14</sup>*

Andere Szenarien gehen davon aus, dass man einen Kriesenvorrat für den Zeitraum von zwei bis drei Jahren benötigt, um über die Runden zu kommen. Der Zeitraum scheint realistisch, wenn man davon ausgehen kann, dass eine intensivierete Pferdezucht zur Installation eines Transportsystems zur Lebensmittelversorgung eine Möglichkeit darstellt. Der Mangel an fossiler Heizenergie wird dazu führen, dass sich unsere Landschaften dramatisch verändern werden. Holzeinschlag in großem Stiel – legal und illegal – wird unsere heutige Parklandschaft weitgehend verändern. Bilder wie in Sumatra werden, wenn auch aus anderer Motivation heraus, unsere Landschaft prägen. Die zeitgenössische Kunst des 18. Jh. stellt nicht umsonst meist recht waldlose Landschaften dar. Der Grund ist im intensiven Brennholzeinsatz für den Ziegelbrand zu finden.

Die Instandhaltung der Infrastrukturen – insbesondere der Betonbrücken – wird zunehmend auf Schwierigkeiten stoßen und dem klassischen Fährbetrieb eine Neubelebung bringen. Die chemische Industrie wird weitgehend von der Bildfläche verschwinden und mit ihr so manche lieb gewonnene Annehmlichkeit im Pflanzenschutz, was wiederum negativ auf die Selbstversorgung zurückschlägt.

Das die derzeitige Weltbevölkerung ihren Stand von ca. 7 Milliarden beibehalten wird ist mehr als fraglich. Hat der Club of Rom mit 4 Mrd. dann gar nicht so falsch gelegen?

Wohl dem der eine Axt besitzt, die Kettensäge hat dann ausgedient.

<sup>13</sup> **Von Knappheit keine Spur - das Geheimnis des Erdöls** - Dr. Phil. Siegfried Emanuel Tischle

<sup>14</sup> <http://www.newsfox.com/pte.mc?pte=041110016>

## Lösungsansatz – Freigeld

### Die „Unabhängigkeitserklärung“ von 1992– eine historische Dokumentation – mit Kommentar von Prof. E. Grimmel<sup>15</sup>

Am **21.12.1992** wurde im Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1992, Teil I, S. 2086-2087, eine **Änderung des Grundgesetzes** verkündet, die am Tage nach der Verkündung in Kraft trat. Dabei wurde dem Artikel 88 ein zweiter Satz angefügt. Seither lautet dieser Artikel :

*„**1 Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet.**“*

Nach den Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages (Bd. XII 139) geht die Änderung auf eine Initiative der **Bundesregierung** zurück. Denn der Bundeskanzler sandte am 14.8.1992 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes einen von der Bundesregierung beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes“ (Drucksache 501/92) an den Präsidenten des Bundesrates. In diesem Entwurf wird unter dem entsprechenden Punkt 4 allerdings nur folgende Ergänzung vorgeschlagen: *„Ihre Aufgaben und Befugnisse können einer europäischen Zentralbank übertragen werden“*.

Der **Bundesrat** hat den o.a. Vorschlag der Bundesregierung in der 646. Sitzung am 25.9.1992 akzeptiert, so dass der Bundeskanzler am 2.10.1992 den Entwurf an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weiterleiten konnte.

Daraufhin führte der **Bundestag** in seiner 110. Sitzung der 12. Wahlperiode am 8.10.1992 eine „Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Drucksache 12/3338)“ durch. Dabei wurde interfraktionell vorgeschlagen, den Entwurf an folgende Ausschüsse zu überweisen: **Sonderausschuss „Europäische Union“, Rechtsausschuss, Auswärtiger Ausschuss, EG-Ausschuss.**

Auf der nächsten Stufe hat der **Bundestag** in der Drucksache 12/3896 vom 1.12.92 eine(n) **„Beschlussempfehlung und Bericht des Sonderausschusses ‘Europäische Union (Vertrag von Maastricht)’ ”** zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 12/3338) vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass der o.a. Sonderausschuss den Satz *„Ihre Aufgaben und Befugnisse können einer Europäischen Zentralbank übertragen werden“* folgendermaßen verändert hat: *„Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet“*.

Für die Veränderung des Entwurfs der Bundesregierung lieferte der **Sonderausschuss** folgende **Begründung**:

#### 1) Artikel 88 GG

*Angesichts der Unklarheiten im Hinblick auf das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages genügt nach Auffassung des Ausschusses die im Gesetzentwurf enthaltene Ergänzung des Artikels 88 GG nicht. Der Ausschuss war der Auffassung, daß eine Übertragung von Befugnissen der*

<sup>15</sup> Denzettel von <http://www.freiwirte.de/>

*Deutschen Bundesbank auf eine Europäische Zentralbank nur in Betracht kommen könne, wenn diese den strengen Kriterien des Maastrichter Vertrages und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Priorität der Geldwertstabilität entspreche. Der Ausschuß beriet daher über verschiedene Änderungsvorschläge.*

*Der **Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank** hat folgende Fassung des Artikels 88 Satz 2 GG vorgeschlagen:*

*„Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Bundesbank können im Rahmen einer Europäischen Union einem unabhängigen und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichteten System der Zentralbanken übertragen werden.“*

*Der Vorschlag des **Rechtsausschusses** lautet:*

*„Ihre Aufgaben und Befugnisse können einer unabhängigen und vorrangig dem Ziel der Preisstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank übertragen werden.“*

*Die **Fraktion der SPD** schlug folgende Fassung des Artikels 88 Satz 2 GG vor:*

*„Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union einem Europäischen Zentralbanksystem übertragen werden.“*

*Die schließlich vom Ausschuß einstimmig angenommene Formulierung stellt zunächst klar, daß die Übertragung von Befugnissen der Deutschen Bundesbank nur im Rahmen der Europäischen Union zulässig ist. Zugleich wird Vorsorge dafür getroffen, daß die im Zusammenhang mit der Europäischen Union geschaffene Europäische Zentralbank unabhängig und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet sein muß. Damit wird einem wesentlichen politischen Anliegen der deutschen Seite, das mit der Frage der Übertragung von Hoheitsrechten gerade im Währungsbereich verbunden war, Rechnung getragen.*

*Der Ausschuß stellte fest, daß die von ihm befürwortete Formulierung des Artikels 88 Satz 2 GG keine Auswirkungen auf die gegenwärtige Rechtsstellung der Deutschen Bundesbank hat.*

In der zweiten und dritten Beratung des **Bundestages** am 2.12.1992 (12. Wahlperiode, 126. Sitzung) wurde ohne weitere inhaltliche Diskussion der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung auf Drucksache 12/3896 in namentlicher Abstimmung mit

**547 Ja-Stimmen** gegen  
**17 Nein-Stimmen** bei  
**1 Enthaltung**

angenommen.

Schließlich hat auch der **Bundesrat** in seiner 650. Sitzung am 18.12.1992 **einstimmig** beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 2.12.1992 verabschiedeten Gesetz zuzustimmen.

Durch die Ergänzung des Artikels 88 des Grundgesetzes im Jahre 1992 hat der Gesetzgeber der Bundesrepublik definitiv das monetäre Hoheitsrecht des Staates an das Bankensystem (Bundesbank plus Geschäftsbanken) abgetreten. Denn das Wort „unabhängig“ beinhaltet nichts anderes als „unabhängig vom Staat“. Somit wurde die zwar schon vorher praktizierte Autonomie des Bankensystems nun auch grundrechtlich abgesegnet. Oder anders ausgedrückt: Der Gesetzgeber hat seinen Staat monetär entmachtet und das Bankensystem ermächtigt, die monetäre Herrschaft auszuüben.

Beachtlicherweise hatten zunächst weder die CDU/FDP-Bundesregierung noch die SPD-Fraktion des Bundestages das Wort „unabhängig“ vorgeschlagen, dieses aber schließlich auf Empfehlung des Sonderausschusses „Europäische Union“ toleriert, denn unter den 17 Nein-Stimmen waren nur 2 SPD-Stimmen und keine CDU/FDP-Stimme.

**Wenn man bedenkt, dass das Geld ein öffentliches Gut höchsten Ranges ist, dann ist die Frage zu stellen, ob die grundrechtliche „Unabhängigkeitserklärung“ für das Bankensystem überhaupt zulässig ist. Denn nach Artikel 19 Absatz 2 des Grundgesetzes darf ein Grundrecht in keinem Fall in seinem Wesensgehalt angetastet werden.**

Aber der Staat, d.h. das Staatsvolk, hat diesen unfassbaren Vorgang nicht einmal bemerkt – und die meisten Volksvertreter in Bundestag und Bundesrat vielleicht auch nicht. Denn eine öffentliche Diskussion über die Alternative, nämlich die Verstaatlichung des Geldwesens (zum Beispiel nach freiwirtschaftlichem Modell), fand jedenfalls nicht statt.

**Und so eskaliert die Verschuldung von Produzenten, Konsumenten und Staatsorganen beim Bankensystem immer mehr – wahrscheinlich bis zum Zusammenbruch des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefüges – sei es in Deutschland, Europa und anderswo. Denn bisher gibt es keinen Staat auf der Erde, der die monetäre Hoheit hat. Aber der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland hätte im Jahre 1992 die Chance gehabt, ein weltweit sichtbares legislatives Zeichen für die monetäre Befreiung eines Staates zu setzen.**

\*\*\*

Frage: Kann dieser eklatante Fehler nach der Durchsetzung des § 146 des Grundgesetzes evtl. behoben werden?

**Art. 146 [Geltungsdauer des Grundgesetzes]** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.